

STUDIE

Die Zukunft der internationalen Finanzarchitektur

Ergebnisse und Ausblicke nach der
4. Internationalen UN-Konferenz
über Entwicklungsfinanzierung



INHALT

1. Einleitung	2
2. Analyse und Einordnung des Ergebnisdokuments	3
2.1 Mobilisierung inländischer Ressourcen	3
2.2. Private Finanzierung	4
2.3 Internationale Entwicklungszusammenarbeit	6
2.4 Weltweiter Handel	7
2.5 Verschuldung	8
2.6 Internationale Finanzarchitektur und systemische Fragen	10
3. Die Sevilla-Aktionsplattform	12
4. Fazit	14
Anmerkungen	15
Zusammenfassung & Impressum	16

1 Einleitung

Vom 30. Juni bis 3. Juli 2025 fand in Sevilla (Spanien) die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (*Financing for Development 4*, FfD4) statt – die erste seit zehn Jahren und erstmals in Europa. Der FfD-Prozess begann mit der Monterrey-Konferenz 2002 und der Doha Deklaration 2008. Beide Konferenzen fanden vor dem Hintergrund einschneidender Finanzkrisen statt und betonten die Notwendigkeit makroökonomischer Koordinierung und systematischer Adressierung des finanziellen Mangels im Globalen Süden. Mit dem FfD3-Resultat, der *Addis Abeba Action Agenda*, wurde 2015 schließlich ein umfassender Rahmen für die globale Entwicklungsfinanzierung beschlossen, allerdings innerhalb eines ausgeprägt neoliberalen Rahmens. Industriepolitische Strategien und öffentliche Finanzierung verblassen seitdem, während private Finanzmärkte zunehmend als zentrale Ressourcenquelle umworben werden.

FfD4 bot eines der wenigen verbleibenden Gelegenheitsfenster, das Ruder herumzureißen und die verkrustete internationale Finanzarchitektur an die epochalen Erfordernisse des 21. Jahrhunderts anzupassen. Denn Zielsetzung war die **Neuverhandlung grundlegender Regeln und Machtfragen**: Welche Staaten dürfen mit am Tisch sitzen, wenn über Steuern, Schulden, Handel, systemische Fragen der Finanzordnung entschieden wird? Deshalb kratzten die Vorverhandlungen häufig an den Fundamenten der nach wie vor kolonial geprägten Finanzordnung, über die sonst nicht auf UN-Ebene verhandelt wird.

Die **Dringlichkeit** ist offenkundig: Eine globale Schuldenkrise entzieht zahlreichen Staaten des Globalen Südens den fiskalischen Handlungsspielraum. Hohe Rückzahlungsanforderungen verhindern Investitionen in Bildung, Soziales und Klimaschutz; Milliardenlücken klaffen zwischen den Versprechen internationaler Gemeinschaften und den tatsächlich bereitgestellten Mitteln für die Erreichung der Agenda 2030-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs); Entwicklungsfragen rücken angesichts zunehmender Militarisierung und Blockbildung immer weiter in den Hintergrund; Gleichzeitig verfolgen IWF und Weltbank weiter Programme, die auf Austerität und Privatisierungen setzen, oft mit schwerwiegenden Folgen für soziale Gerechtigkeit und ökologische Transformation.

Im Unterschied zur FfD3-Konferenz im Jahr 2015, die in einem Moment multilateraler Aufbruchsstimmung stattfand, u. a. durch die Agenda 2030 und das Pariser Abkommen, stand FfD4 unter denkbar ungünstigen Vorzeichen. Ein **globaler Rechtsruck** setzt sich derzeit mit einer zweiten Trump-Regierung in den USA und parallel erstarkenden nationalistischen Kräften in Europa fort. Die USA zogen sich nur eine Woche vor Konferenzbeginn gänzlich aus den Verhandlungen zurück, nachdem sie über Monate zu fast jedem Absatz im Entwurf für das Ergebnisdokument Bedenken angemeldet hatten.¹

Die übrigen Staaten einigten sich schon in Vorverhandlungen auf ein Ergebnisdokument, bekannt als der *Compromiso de Sevilla* („Verpflichtung von Sevilla“).² Doch auch ohne die USA gelang kein großer Wurf. Die übrigen wohlhabenden Staaten verteidigten einen Status quo, der für Millionen Menschen im Globalen Süden existenzgefährdend ist und die

strukturelle Dominanz des Globalen Nordens in den Entscheidungsstrukturen der Finanzarchitektur präserviert. Erzielt wurde ein **Minimalkonsens**, dessen Ambitionsniveau weit hinter den globalen Herausforderungen zurückbleibt.

In dieser Kurzstudie analysieren wir das FfD4-Ergebnisdokument und gehen zunächst die einzelnen thematischen Kapitel durch. Auch wenn das Gesamtergebnis von FfD4 deutlich hinter den Erfordernissen zurückgeblieben ist, lassen sich in verschiedenen Bereichen **kleinere Fortschritte**, neue Prozesse oder politische Öffnungen ausmachen, an denen in den kommenden Monaten angesetzt werden sollte. Anschließend gehen wir auf die Sevilla-Aktionsplattform ein, die als Plattform freiwilliger Initiativen, die nicht im Konsens beschlossen wurden, das Ergebnisdokument ergänzt. Das Fazit ordnet FfD4 in die tiefere Krise des Multilateralismus ein und diskutiert, welche strategischen Perspektiven sich für eine gerechtere globale Finanzordnung daraus ergeben.

2 Analyse und Einordnung des Ergebnisdokuments

Der FfD4-Prozess sowie das Ergebnisdokument, der *Compromiso de Sevilla*, sind entlang von sieben thematischen Säulen strukturiert, die im Folgenden analysiert werden. Die Säule „Wissenschaft, Technologie, Innovation und Kapazitätsaufbau“ wird ob ihres technischen Inhalts in dieser Kurzstudie ausgelassen.

Im Vorwort des Ergebnisdokuments wird unter anderem die Zielsetzung der Gleichstellung der Geschlechter, die Ermächtigung von Frauen und Mädchen (Punkt 11) und die Anerkennung verschiedener Unterdrückungsformen wie Rassismus (Punkt 12) festgehalten. Ebenso wird die Umsetzung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) und des Pariser Klimaabkommens als dringend notwendig betont (Punkt 15). Auch wenn diese Aussagen zunächst rein deklaratorisch wirken, haben sie eine gewisse politische Bedeutung, da sie nach dem **Rückzug der US-Regierung** wieder in das Abschlussdokument aufgenommen wurden, die sich an diesen Punkten gestört hatte.

2.1 Mobilisierung inländischer Ressourcen

Worum geht's?

Inländische Ressourcen, insbesondere regelmäßige Steuereinnahmen, sind die wichtigsten Finanzmittel, um Investitionen und regelmäßige Ausgaben in zentralen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherung zu ermöglichen. Länder mit mittleren und niedrigen Einkommen nehmen jedoch weniger Steuern (17 %) in Relation zu ihrem Bruttoinlandsprodukt ein als Staaten des Globalen Nordens (26 %).³ Alleine bis zu 70 Milliarden US-Dollar jährlich verlieren sie schätzungsweise durch den Steuermisbrauch multinationaler Unternehmen.⁴

Multinationale Unternehmen und extrem vermögende Einzelpersonen zahlen aktuell weltweit zu wenig Steuern.⁵ Milliardäre haben häufig einen niedrigeren Steuersatz als durchschnittliche Arbeitnehmende und multinationale Unternehmen minimieren ihre Steuerlast durch strategische Gewinnverschiebung; Praktiken, die kleinen und mittelständigen Unternehmen nicht zugänglich sind. Diese geringere Besteuerung untergräbt die Idee der **Progressivität von Steuersystemen**, nach der auf größere Einkommen und Vermögenswerte höhere Beiträge zu leisten sein sollten. Dies verschärft bestehende soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten und stellt ein zentrales Gerechtigkeitsproblem dar.

Einige Maßnahmen zur effektiven Steuererhebung lassen sich national umsetzen. Angesichts einer globalisierten Wirtschaft, geprägt von mächtigen multinationalen Konzernen, extremer Vermögenskonzentration und transnationalen Finanzmärkten, sind jedoch auch **internationale Lösungen unverzichtbar**, um etwa Steuerhinterziehung, schädlichen Steuerwettbewerb und illegale Finanzflüsse wirksam einzudämmen.

Sevilla-Ergebnisse und Ausblick

Anders als 2015 in Addis Abeba war die Frage des genauen Rahmens der internationalen Steuerkooperation dieses Mal in Sevilla nicht der große Streitpunkt in den FfD-Verhandlungen, da der entscheidende Prozess bereits anderswo stattfindet. So wurde im Herbst 2023 auf Initiative der Afrikagruppe die Aushandlung einer **UN-Rahmenkonvention für internationale Steuerkooperation** von der UN-Generalversammlung beschlossen. Im August gehen die Verhandlungen 2025 in New York los, die bis 2027 eine Rahmenkonvention inklusive zunächst zwei Protokollen aushandeln sollen. Diese Protokolle sollen zu wirksameren und faireren Steuersystemen weltweit beitragen. Erstmals gibt es also einen laufenden Pro-

zess zur Aushandlung internationaler Steuerkooperation und -regeln, bei der alle Staaten gleichberechtigt mit am Tisch sitzen können.⁶

Dies war bei den jahrelangen Verhandlungen innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nicht der Fall, auch wenn letztlich 140 Staaten dem Reformpaket zur **Zwei-Säulen-Lösung** aus dem Jahr 2021 zustimmten. Dieses sollte zum einen zu einer Umverteilung der Besteuerungsrechte der größten und profitabelsten Konzerne der Welt führen (Säule I). Diese erste Säule wurde jedoch nie effektiv implementiert und eine Umsetzung ist ohne die USA nicht möglich. Zum anderen wurde die globale Mindeststeuer von 15 % für multinationale Konzerne mit einem Umsatz von mehr als 750 Milliarden Euro beschlossen (Säule II).⁷ Diese Säule wurde zwar von einigen Staaten wie z.B. der EU, Japan, Südkorea, Schweiz und Bermudas umgesetzt. Am meisten profitieren zunächst jedoch Länder, die bisher als Steueroasen funktionierten wie Irland und die Schweiz.

Im Vorlauf zur FfD4-Konferenz beschlossen die Regierungen der G7-Staaten nun, **US-Konzerne von der globalen Mindeststeuer auszunehmen**. Dies ist gegenläufig zur Sprache im Abschlussdokument von Sevilla, dass man sich um eine inklusive, effektive Steuerkooperation bemühen wolle, die zum Vorteil aller sei und die Mitbestimmungsrechte von s.g. Entwicklungsländern in der internationalen Steuerarchitektur stärke (Punkt 28 a).⁸ Es folgten Uneinigkeiten auch innerhalb der deutschen Bundesregierung zum weiteren Umgang mit der globalen **Mindeststeuer**.⁹ Inklusiver Multilateralismus sieht anders aus, gerechte Besteuerung multinationaler Konzerne ebenfalls. Es ist Zeit für eine ernsthafte und grundlegende Erneuerung der internationalen Steuerkooperation.

Interesse ihrer eigenen Bevölkerung, öffentlicher Finanzen sowie der Globalen Mehrheit liegt.

Der Compromiso de Sevilla ist für diesen Prozess zur UN-Steuerkonvention nicht entscheidend, hat ihm aber eine Handvoll **positiver Prinzipien** mitgegeben.¹¹ Das Abschlussdokument betont, dass die Progressivität von Steuersystemen entscheidend ist, um Ungleichheit zu bekämpfen und dass es essenziell sei, die Steuerhinterziehung extrem vermögender Privatpersonen anzugehen (Punkt 27 e). Es wurde festgehalten, dass eine geschlechtergerechte Gestaltung von Steuersystemen gefördert werden soll (Punkt 27 g) und dass Staaten ihre natürlichen Ressourcen wirksam besteuern können sollen (Punkt 27 f).

Auch bei der Herstellung von mehr **Transparenz** und bei der **Bekämpfung illegaler Finanzflüsse** beinhaltet das Abschlussdokument wichtige Impulse. Viele dieser Punkte sind nicht neu,¹² es ist aber wichtig, dass sie im *Compromiso de Sevilla* bestätigt wurden. Jetzt kommt es jedoch, wie immer, auf die Umsetzung an. Staaten haben sich dazu verpflichtet professionelle Dienstleister, die an der Ermöglichung illegitimer Finanzflüsse beteiligt sind, zu regulieren, wie z. B. Rechtsanwält*innen und Unternehmensdienstleister (Punkt 29 a). Zur besseren Transparenz der Besteuerung multinationaler Konzerne sollen länderbezogene Berichte gestärkt werden und die Einrichtung einer zentralen öffentlichen Datenbank für diese werde geprüft. Außerdem soll die Transparenz über die wirtschaftlich Begünstigten von Unternehmen und Vermögensbesitz (*beneficial ownership*) verbessert werden durch wirksame nationale Register und verbesserten Informationsaustausch. Die Einrichtung eines zentralen Registers werde in Erwägung gezogen (Punkt 28 g).¹³ In einem neu einzurichtenden Sondertreffen des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) soll die wirksame Bekämpfung illegaler Finanzströme zusammenhängend diskutiert werden.

2.2. Private Finanzierung

Worum geht's?

Regierungen und Märkten des Globalen Südens ist es meist nicht möglich, ausreichend Finanzressourcen in Maßnahmen und Unternehmungen zur Erreichung von Entwicklungs- oder Klimazielen zu investieren. Die Antwort der Regierungen des Globalen Nordens und von IWF und Weltbank auf die attestierte billionenschwere s.g. Finanzierungslücke lautet seit Jahren, dass mehr privates Kapital mobilisiert und in Entwicklung im Globalen Süden investiert werden müsse. Der Slogan „*from billions to trillions*“ (von Milliarden zu Billionen) der *Addis Abeba Action Agenda* 2015 brachte diesen Ansatz auf den Punkt: Durch gezielte Anreizsysteme, gestützt auf öffentliche Absicherungen, sollten mit

Kaum ein anderes Thema macht derart eindrücklich deutlich, dass es klare win-win-Situationen in der internationalen Kooperation gibt, bei denen viele Seiten gewinnen können.

Kaum ein anderes Thema macht derart eindrücklich deutlich, dass es klare win-win-Situationen in der internationalen Kooperation gibt, bei denen viele Seiten gewinnen können. *Tax Justice Network* schätzt, dass insgesamt 348 Milliarden \$ an Steuereinnahmen verloren gehen durch die Gewinnverschiebung multinationaler Unternehmen in Steueroasen, 37 Milliarden \$ davon entgehen allein Deutschland.¹⁰

Alle Augen richten sich daher auf die Verhandlungen zur UN-Steuerkonvention in New York. Hier wird sich zeigen, ob u. a. Deutschland und die anderen EU-Staaten es ernst damit meinen, multilaterale Strukturen zu stärken und auszubauen. Es wird sich auch zeigen, ob sie weiter eine Politik im Interesse multinationaler Konzerne betreiben oder eine, die im

relativ geringen öffentlichen Mitteln ein Vielfaches an privatem Kapital aktiviert werden. Dabei sollen Banken, Investitionsfonds oder Versicherungskonzerne stärker in die Entwicklungsfinanzierung eingebunden werden durch Instrumente wie öffentliche Garantien, Mischfinanzierungen, öffentlich-private Partnerschaften (PPP) oder rechtliche Anpassungen, allesamt mit dem Ziel, **Investoren gegen das Risiko eines Renditeausfalls abzusichern**.

Da über private Finanzmärkte der Großteil des weltweiten Vermögens zirkuliert und da die Knappheit in den Entwicklungshaushalten vieler reicherer Länder vorerst eine politische Realität bleibt, mag das Heranziehen privater Gelder zunächst logisch erscheinen. Allerdings **scheitert der Ansatz kontinuierlich**. Trotz jahrzehntelanger Bemühungen bleiben die erhofften Milliarden aus. Bei den großen Privatinvestoren reicherer Länder besteht schlicht nur ein geringer Appetit, produktive Wirtschaft in ärmeren Ländern hochzuziehen, wo existierende Marktstrukturen und Gewinnaussichten schwächer sind. Zudem verschärfen viele dieser Instrumente makroökonomische Risiken: Rückzahlungen in harter Währung, hohe Renditeerwartungen und fehlende Rechenschaftspflichten erhöhen die **Verschuldungsanfälligkeit** ärmerer Länder. Indermit Gill, Chefökonom der Weltbank-Gruppe, nannte die Ambitionen der Privatkapitalmobilisierung eine „Fantasie“ und wies daraufhin, dass seit 2022 ausländische private Gläubiger fast 141 Milliarden US-Dollar mehr an Schuldendienstzahlungen von öffentlichen Kreditnehmern in Entwicklungsländern eingezogen hätten, als sie an neuen Finanzmitteln bereitstellten.¹⁴ Hinzu kommt, dass die Mittel, die zur Absicherung privater Investitionsrisiken angelegt werden, Ausgabenpositionen innerhalb **knapper nationaler Budgets** für Entwicklungszusammenarbeit belegen, die effektiver für direkte öffentliche Finanzierung ausgegeben werden könnten.

Dort, wo private Mittel doch angelockt werden, konzentrieren sie sich in renditeträchtigen Sektoren wie fossiler Energiegewinnung oder dem Bankwesen;¹⁵ Bereiche, die **nur begrenzt Arbeitsplätze generieren** und oft mit kontraproduktiven Effekten auf Klima und Gesellschaft einhergehen. In der grundlegenden öffentlichen Infrastruktur führen privatkapitalgetriebene Investitionen häufig zu **Misständen**. Krankenhäuser werden privatisiert, Arbeitsbedingungen verschlechtert, Umweltauflagen unterlaufen. So wird die Renditeorientierung zum übergeordneten Prinzip von Entwicklungsstrategien, wie auch die Ökonomin Mariana Mazzucato feststellt: „Tatsächlich ermöglichen es die derzeitigen Mischfinanzierungsansätze, dass private Prioritäten die Ausrichtung öffentlicher Finanzmittel bestimmen, und nicht umgekehrt.“¹⁶ Deshalb beharrte die Zivilgesellschaft über die Jahre auf einer kritischen und skeptischen Position gegenüber dem Ansatz der Privatkapitalmobilisierung. So auch in Sevilla.

Sevilla-Ergebnisse und Ausblick

Im FfD4-Prozess wurde der Privatsektor abermals als Protagonist der Zukunft der Entwicklungsfinanzierung inszeniert. Er steht nicht nur im Zentrum der Entwicklungsstrategien reicherer Länder wie Deutschland und anderen EU-Staaten, sondern auch von Institutionen wie der Weltbank.¹⁷ Circa 6000 der insgesamt 15000 Teilnehmer*innen kamen aus dem Privatsektor, das Sechsfache der zivilgesellschaftlichen Beteiligung, berichtet das zivilgesellschaftliche Bündnis *Eurodad*.¹⁸

Dabei hätte die Konferenz die Gelegenheit geboten, endlich das begrenzte Potenzial und die Risiken der Privatkapitalmobilisierung anzuerkennen. So hatte die kritische Zivilgesellschaft im Voraus die Forderung an die Verhandlenden aufgestellt, die Privatfinanzierungsinstrumente einer kritischen Prüfung zu unterziehen, da die Profitorientierung öffentliche Dienstleistungen untergrabe.¹⁹ Eine dieser Forderungen entsprechende Überprüfung wurde nicht vollzogen oder angestoßen.

Zwar erkennen die Unterzeichnenden die Probleme des Ansatzes zum Teil an, gezwungenermaßen, angesichts der **offensichtlichen Leistungsschwäche**: „Weder wurden die Erwartungen an Investitionen in nachhaltige Entwicklung erfüllt, noch wurde der nachhaltigen Entwicklungswirkung ausreichend Priorität eingeräumt“ (Punkt 31). Schwache lokale Wirtschaftsstrukturen und die Diskrepanz zwischen kurzfristigen finanziellen Anreizen und langfristigem Bedarf seien Hindernisse. Und: „Wettbewerbsfähige Investitionsmöglichkeiten stehen nicht immer im Einklang mit öffentlichen Zielen“. Doch aus diesen Benennungen und „*lessons learned*“ (gewonnenen Erkenntnissen) werden keine echten Konsequenzen gezogen. Es erfolgte keine fundamentale Einsicht, dass der Widerspruch zwischen den Renditeerwartungen der Investoren einerseits und den Anforderungen an eine gemeinwohl- und klimaorientierte Entwicklung andererseits im Design der Privatfinanzierungsinstrumente selbst angelegt ist. Ein Kurswechsel zeichnet sich also nicht ab, im Gegenteil lautet die Devise eher, **altgewohnte Ansätze zu bekräftigen** und vermeintlich effektiver anzuwenden.

Der gegenteiligen Beweislage zum Trotz listet das Ergebnisdokument, wie viele vorangegangenen Abkommen und Strategiepapiere, eine Wunschliste mit erhofften Effekten der Mischfinanzierung auf (insb.

Es erfolgte keine fundamentale Einsicht, dass der Widerspruch zwischen den Renditeerwartungen der Investoren einerseits und den Anforderungen an eine gemeinwohl- und klimaorientierte Entwicklung andererseits im Design der Privatfinanzierungsinstrumente selbst angelegt ist.

Punkt 33 g). Positiv sticht hervor, dass nicht nur die Erträge, sondern auch die Risiken von Privatinvestitionen „fair“ zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor aufzuteilen seien (Punkt 33 und g(v) und j), doch konkrete Mechanismen zur Umsetzung fehlen.

Weiter werden vor allem die technische Umsetzbarkeit und Standardisierung des Ansatzes thematisiert. Bei der Standardisierung, eine langjährige Priorität der Verfechter*innen des Privatkapitals, wird fast ausschließlich auf **freiwillige Standards, Prinzipien und Selbstverpflichtungen** gesetzt (vgl. Punkt 34). Dabei könnte die Sprache nicht schwächer ausfallen. Investoren und multinationale Konzerne werden „ermutigt“, nach eigenem Ermessen Nachhaltigkeitsaspekte in die eigenen Prozesse zu integrieren, „wo angemessen“ (Punkt 34 b). An Stelle von Anstößen zu einer soliden, verbindlichen Regulatorik durch Staaten oder internationale Gremien, dominieren Bekräftigungen von Anreizstrukturen, Appelle und Mobilisierungsplattformen das Dokument; sehr viel Zuckerbrot, wenig Peitsche.

Auf FfD4 hätten neue Lösungswege für Finanzierungsmängel erarbeitet werden sollen. Stattdessen stellt sich der Zivilgesellschaft nach wie vor die Aufgabe, öffentliche Finanzierung wieder in den Fokus zu rücken, Strategien gegen den Abfluss von (Finanz-) Ressourcen aus ärmeren Ländern zu priorisieren und private Investitionsströme zu regulieren.

2.3 Internationale Entwicklungs-zusammenarbeit

Worum geht's?

Reiche Länder haben seit über 50 Jahren wiederholt zugesagt, jährlich 0,7 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) als offizielle Entwicklungsfinanzierung an Länder des Globalen Südens zu zahlen. Gehalten haben sie dieses Versprechen nicht. Im Durchschnitt haben die reichen OECD-Länder meist lediglich zwischen 0,2 und 0,4 % des BIP gezahlt. Die **Differenz zwischen zugesagten und tatsächlich gezahlten Mitteln** ist beträchtlich: Laut Berechnungen von *Oxfam* beläuft sich diese „ausstehende Schuld“ auf rund 7,2 Billionen \$ (Stand 2023).²⁰ Der aktuelle Trend geht hin zu weiteren Kürzungen der Ausgaben für offizielle Entwicklungsfinanzierung.

Neben der Frage, wie viel gezahlt wird, gibt es auch Debatten um die Verteilung der Gelder und darum, wie stark reiche Länder die Verfolgung eigener wirtschaftlicher Interessen mit Entwicklungsfinanzierung verknüpfen. Die Regeln dafür, was als Entwicklungsfinanzierung zählt, werden aktuell unter den

reichen Ländern selbst ausgemacht im s. g. Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD.

Sevilla-Ergebnisse und Ausblick

Im *Compromiso de Sevilla* bekennen sich die reicheren Länder einmal mehr dazu, 0,7 % ihres BIP für offizielle Entwicklungsfinanzierung (*official development assistance*, ODA) zu zahlen (Punkt 36 b). Dieses Bekenntnis wirkt jedoch alles andere als glaubwürdig.

Aktuell gibt es einen **Trend zu drastischen Kürzungen der offiziellen Entwicklungsfinanzierung**. Am gravierendsten ist die plötzliche Abwicklung der US-Entwicklungsbehörde (USAID) durch die Trump-Regierung. Aber auch andere Länder wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien sind nicht auf Kurs, Teile dieser entstandenen Finanzlücke zu füllen, sondern kürzen ihrerseits. Erstmals seit fünf Jahren ging die offizielle Entwicklungsfinanzierung insgesamt nach Berechnungen der OECD im Jahr 2024 um 9 % zurück. Für das Jahr 2025 rechnet die OECD mit einer weiteren Kürzung um bis zu 17 %. Den einkommensschwächsten Ländern sowie kritischen Bereichen wie der Gesundheitsversorgung drohen besonders große Einschnitte.²¹

Auch in Deutschland gibt es massive Kürzungen bei der humanitären Hilfe und auch bei der Entwicklungs- und Klimafinanzierung. Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung bis 2029 sieht zudem weitere Kürzungen bzw. auf niedrigem Niveau stagnierende Mittel vor.²² Es gibt also bisher keinen Plan dafür, der in Sevilla erneuerten Verpflichtung der 0,7 % des BIP gerecht zu werden.

In Deutschland und anderen Ländern braucht es dringend eine Umkehr dieses Kürzungstrends. Die viel beschworene Stärkung multilateraler Strukturen funktioniert nur, wenn Verpflichtungen auch eingehalten werden und Vertrauen zurückgewonnen wird. Dass es an Geld mangle, ist mit Blick auf die deutlich ansteigenden Militärausgaben

in Deutschland und anderswo nicht glaubhaft und mit Blick auf eine global sichere Welt ein kurzsichtiges Argument. Die Bedarfe im Bereich humanitärer Hilfe und Entwicklungsfinanzierung sind durch vielfache Krisen weltweit deutlich gestiegen. In der medizinischen Fachzeitschrift *Lancet* analysierten Forscher*innen, dass allein die Kürzungen bei USAID in den kommenden 5 Jahren

In Deutschland und anderen Ländern braucht es dringend eine Umkehr dieses Kürzungstrends. Die viel beschworene Stärkung multilateraler Strukturen funktioniert nur, wenn Verpflichtungen auch eingehalten werden und Vertrauen zurückgewonnen wird.

zu 14 Millionen Toten führen könnten, ein Drittel davon Kinder. Die Schätzungen basieren auf wegfallenden Mitteln bei der Bekämpfung der Sterblichkeit an HIV/AIDS, Malaria, Tuberkulose, aber auch bei der Prävention von Mangelernährung, Durchfallerkrankungen und der Versorgung vor und nach der Schwangerschaft.²³

Nicht nur bei der 0,7 %-Zielmarke, sondern auch bei anderen Aspekten und Regeln der offiziellen Entwicklungsfinanzierung wiederholt das Abschlussdokument vom Prinzip her wichtige, aber **weitestgehend zahnlose und bereits bestehende Beschlüsse**, während der reale Trend in eine andere Richtung geht.

Wiederholt werden viele Effektivitätskriterien (Punkt 39), wie z. B. dass sich Entwicklungsfinanzierung daran orientieren sollte, was Länder selbst brauchen, nationale Systeme stärken soll und das Bereitstellen von Finanzmitteln nicht daran gebunden werden sollte, bei den eigenen Unternehmen einzukaufen. In der Praxis spielen jedoch geopolitische Erwägungen und die wirtschaftliche Förderung eigener Unternehmen häufig eine bedeutende Rolle in der Form und Verteilung der offiziellen Entwicklungsfinanzierung.

Die ärmsten Staaten der Welt erhalten nur einen Bruchteil (14,8 % im Jahr 2022) der Entwicklungsfinanzierung, obwohl sie diese am dringendsten benötigen.²⁴ ODA-Mittel, die daran gebunden werden, bei den eigenen Unternehmen einzukaufen, sind nach wie vor weit verbreitet und machten nach Analyse von *Eurodad* seit 2012 um die 16 % der gesamten Mittel aus.²⁵ Ohnehin verbleibt ein wesentlicher Teil der offiziell berechneten ODA-Mittel in den Geberländern selbst, als Ausgaben für die Versorgung Geflüchteter, Verwaltungsgebühren und Kosten für Studienplätze. Deutschland ist das größte Empfängerland seiner offiziellen Entwicklungsfinanzierung, da rund 40 % der angerechneten Mittel das Land nie verließen.²⁶

Die eigentlich schwelende Auseinandersetzung beim Thema internationaler Entwicklungszusammenarbeit dreht sich darum, wie man über die stets gleichen Lippenbekenntnisse reicher Länder hinauskommen und den Versprechen eine **größere Verbindlichkeit** verleihen könnte. Die G77, als Bündnis vieler Staaten des Südens in der UN, fordern eine völkerrechtlich bindende Konvention zum „Recht auf Entwicklung“, inklusive der Pflicht zur Kooperation.²⁷ *Eurodad* schlägt die Schaffung einer UN-Konvention zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit vor.²⁸ Damit verbunden ist der Versuch, die Wahrnehmung von Entwicklungszusammenarbeit zu verschieben, weg vom gängigen Narrativ der „Hilfe“ hin zu einem Verständnis als Reparationen für historische Ungerechtigkeiten wie Kolonialismus, Sklaverei und der Plünderung von Ressourcen, die die Welt von heute immer noch prägen.²⁹ In einem deutlich weiter gefassten Verständnis ist Gerechtigkeit durch Reparationen auch das zentrale Jahresthema der Afrikanischen Union 2025.

Diese Aspekte der Debatte haben es jedoch nicht ins Abschlussdokument von Sevilla geschafft. Als hauptsächlicher Ausweg für die sinkende Entwicklungsfinanzierung wird erneut vor allem die **Ausweitung der multilateralen Entwicklungsbanken** (MDB) in den Blick genommen. Auch hier bezieht sich das Abschlussdokument weitestgehend auf bereits bestehende Prozesse und Diskussionen insbesondere aus dem G20 Kontext, die das Ziel formuliert haben, das Ausleihvolumen multilateraler Entwicklungsbanken zu verdreifachen (Punkt 37 a). Nicht erwähnt wird, dass dies aktuell u. a. mit Blick auf die Trump-Politik äußerst unwahrscheinlich ist, da eine Verdreifachung der Mittel Kapitalerhöhungen bei den MDBs, insbesondere bei der Weltbank, bräuchte. Was real diskutiert wird, sind verschiedene Finanzinnovationen, mit denen die MDBs versuchen, ihre Bilanzen zu optimieren und aus dem Ist-Zustand mehr rauszuholen. Dabei handelt es sich um einen Drahtseilakt zwischen mehr Risikofreudigkeit einerseits und der Sorge um die guten Bewertungen durch Kreditratingagenturen andererseits. Dieser Drahtseilakt hat mit Blick auf die zusätzlichen Finanzmittel eine klare Grenze nach oben. Auch wenn sich ein paar zusätzliche Milliarden mobilisieren lassen, muss klar im Blick behalten werden, dass der Fokus auf Finanzinnovationen und Bilanzoptimierungen als politische Antwort eine Maßnahme der Mangelverwaltung ist.³⁰

2.4 Weltweiter Handel

Worum geht's?

Internationaler Handel wird häufiger als „Motor von Entwicklung“ bezeichnet (Punkt 42). Diese jahrzehntelange Verheißung ist aber für sehr viele Länder des Globalen Südens, mit einigen Ausnahmen wie z. B. China, nicht aufgegangen.

Für zahlreiche Länder bestehen **koloniale Muster** der wirtschaftlichen Struktur und des Handels fort: Rohstoffe, spezielle Agrarprodukte und im besten Falle Massenware wie Textilien und einfache Elektronik, in die viel Arbeit fließt, werden exportiert, während gleichzeitig häufig essenzielle Güter und stark verarbeitete Waren mit höherer Wertschöpfung importiert werden müssen und wenig für den Binnenmarkt produziert wird.³¹ Das macht Länder abhängig von schwankenden Weltmarktpreisen.

Aktuell bestimmt US-Präsident Donald Trump mit seinen erratischen und einseitigen Ankündigungen von **Zöllen** die tagespolitischen Schlagzeilen der internationalen Handelspolitik. Statt grundlegenden Regeln sollen nun Länder und Regionen einzelne „Deals“ mit den USA aushandeln. Doch die multilaterale Handelsordnung gerät nicht erst seit Trumps zweiter Amtszeit in Bedrängnis.

Die **Welthandelsorganisation (WTO)** steckt bereits seit einigen Jahren in der Krise: Ihr Streit-schlichtungsmechanismus ist blockiert und ein Update wichtiger Handelsregeln erfolgt nicht.³² WTO-Regelungen, die insbesondere im Interesse vieler Länder aus dem Globalen Süden reformiert werden müssten, wie z. B. hoher Agrarsubventionen in Ländern des Nordens und handelsbezogener Aspekte der Rechte geistigen Eigentums (TRIPS), werden nicht angefasst.³³ Parallel entsteht ein immer größerer Flickenteppich an verschiedensten bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen, bisher schon 375 an der Zahl.³⁴

Sevilla-Ergebnisse und Ausblick

Handelspolitik war seit der ersten Konferenz in Monterrey 2002 traditionell eher ein **Nebenthema** in den FfD-Verhandlungen. Dies setzte sich in Sevilla fort.

Vor dem Hintergrund der unilateralen Zollankündigungen der US-Regierung bestand das Hauptergebnis zu internationaler Handelspolitik in einem abstrakten Bekenntnis dazu, ein „regelbasiertes, diskriminierungsfreies, offenes, faires, inklusives, gleichberechtigtes und transparentes multilaterales Handelssystem mit der WTO im Zentrum“ stärken zu wollen (Punkt 43 a). Die notwendigen Reformpakete, um die WTO in der Tat fairer zu machen für Länder des Globalen Südens, finden jedoch kaum konkrete

Statt uneingeschränkter Liberalisierung wäre es wichtig, einen erweiterten politischen Spielraum für Entwicklung in den Blick zu nehmen.

Berücksichtigung im Abschlussdokument. Statt uneingeschränkter Liberalisierung wäre es wichtig, einen erweiterten politischen Spielraum für Entwicklung in den Blick zu nehmen.³⁵ Wie es mit der WTO weitergeht, wird sich eventuell bei der 14. Ministerkonferenz im März 2026 zeigen.

Eine konkrete Absichtserklärung aus dem *Com-promiso de Sevilla* besteht darin, Bemühungen zur **Reform der umstrittenen Investor-Staat-Schiedsverfahren** (ISDS) zu unterstützen und dazu, u. a. ein Beratungszentrum (*Advisory Centre on International Investment Dispute Resolution*) einzurichten (Punkt 43 l).

ISDS sind Klauseln in Handels- und Investitionsabkommen, die es ausländischen Investoren, in der Regel transnationale Unternehmen, ermöglichen, Regierungen auf hohe Entschädigungen zu verklagen, wenn sich durch Regierungspolitik ihre Gewinnaussichten verringern.³⁶ Diese Klagen werden vor speziellen privaten internationalen Schiedsgerichten verhandelt, die ein **paralleles Justizsystem** zum regulären nationalen Rechtssystem darstellen. Bisher wurden weltweit über 1.400 ISDS-Fälle registriert, in denen es um Milliardensummen ging.³⁷

In Europa rückte die Problematik von Investor-Staat-Schiedsverfahren vor allem im Zusammenhang mit dem Energiecharta-Vertrag in die öffentliche Diskussion. Dieser ermöglichte Unternehmen der fossilen Industrie, Klagen in Millionenhöhe gegen den Kohleausstieg und andere Klima- und Umweltmaßnahmen zu erheben, weshalb mittlerweile viele Staaten und die Europäische Union ausgestiegen sind.³⁸

Klagefälle der fossilen Industrie, die sich gegen Klima- und Umweltschutzmaßnahmen richten, stellen einen großen Teil der ISDS-Fälle dar. Klagen sind aber aufgrund vielfältiger anderer staatlicher Regelungen möglich. Kritische Stimmen verweisen auch darauf, dass gerade in Ländern des Globalen Südens zahlreiche ISDS-Fälle von Bergbauunternehmen ausgehen und sich konkret **gegen den Widerstand indigener Gemeinden** gegen Rohstoffabbau in sensiblen Regionen richten bzw. generell gegen Proteste sozialer Bewegungen.³⁹

Die Zivilgesellschaft hatte im Rahmen der FfD4-Verhandlungen gefordert, ISDS dauerhaft und koordiniert zu beenden durch ein multilaterales Abkommen.⁴⁰ Die schwachen Formulierungen zur Reform greifen zwar zu kurz, es bleibt aber zu hoffen und Druck darauf aufzubauen, dass es zu ersten wichtigen Schritten hin zu einer dauerhaften Abschaffung kommt.

Andere grundlegend wichtige Aspekte wurden zwar im Abschlussdokument benannt, bleiben meist jedoch **unkonkrete Absichtserklärungen**; so etwa der Wille, die einkommensschwächsten Länder bei der Diversifizierung ihrer Exportstrukturen zu unterstützen und ihren Zugang zu Märkten zu verbessern (Punkt 45 a und c) oder die Willensbekundung, beim Export kritischer Rohstoffe lokale Wertschöpfung zu verbessern (Punkt 46).

2.5 Verschuldung

Worum geht's?

Obwohl sie in den Gesellschaften des Globalen Nordens kaum wahrgenommen wird, vollzieht sich in vielen Ländern des Globalen Südens eine der schwersten **Schuldenkrisen** seit Jahrzehnten. Nach Analyse von *erlassjahr.de* und *Misereor* sind 47 Staaten in den kommenden drei Jahren sehr stark durch Auslandsschulden belastet: Sie müssen durchschnittlich mindestens 15 % ihrer Staatseinnahmen für Zins- und Tilgungszahlungen an ausländische Gläubiger zahlen.⁴¹ Wenn Regierungen versuchen, ihre Gläubiger um jeden Preis zu bedienen, dann geht dies auf Kosten der eigenen Bevölkerung. Nach Schätzungen der UN lebt bereits jetzt ein Drittel aller Menschen in Ländern, deren Regierungen mehr Geld für Zinsen ausgeben müssen als für Gesundheit. Für rund

ein Viertel übersteigen Zinsausgaben diejenigen für Bildung.⁴²

Die aktuelle Schuldenkrise ist zum Teil ein Ausdruck eines fundamental asymmetrischen Wirtschafts- und Finanzsystems, in dem Länder des Globalen Südens systematisch auf externe Finanzierung angewiesen sind, gleichzeitig jedoch viele ihrer **Ressourcen abfließen** und sie **hohe Zinsen** auf Staatsanleihen zahlen müssen.⁴³ Über die letzten Jahrzehnte konnten Länder im Globalen Süden vor allem über marktbasierte Finanzinstrumente an internationale Gelder gelangen. Die gestiegenen Zinsen in den USA und der Eurozone verschärften die Schuldenkrise nun deutlich: Da ein Großteil der Schulden von Ländern des Globalen Südens in US-Dollar denominated ist, steigen ihre Rückzahlungskosten bei gleichzeitig stagnierendem Wachstum und geringen Exporterlösen sprunghaft an.

Die akute Schuldenkrise trifft auf eine massive politische Regelungslücke im Umgang mit staatlicher Überschuldung und staatlichen Insolvenzen im internationalen System. Anders als bei Unternehmen oder Individuen gibt es für Staaten **kein regelbasiertes Insolvenzverfahren**, sondern lediglich Einzelverhandlungen im Rahmen von ad-hoc Verfahren, bei denen die Gläubiger die Regeln festlegen, aktuell z. B. im Rahmen des s.g. *Common Framework* der G20. Darin werden Schuldnerländern zunächst IWF-Sparprogramme auferlegt, die meist an bekannte Bedingungen geknüpft werden: Sparpolitik, Kürzungen im Sozialbereich, Steuererhöhungen, Privatisierungen und Deregulierung. Diese Konditionalitäten führen nicht selten zu schweren sozialen und politischen Krisen, wie zuletzt in Sri Lanka, Kenia oder Argentinien zu beobachten war. Öffentliche Versorgungssysteme kollabieren, Proteste eskalieren, staatliche Handlungsspielräume werden eingeschränkt.

Die bisherigen Verfahren im *Common Framework* haben nach Ansicht vieler die Verschuldung nicht ausreichend verringert. Zudem dauern die Verfahren sehr lange.⁴⁴ Deshalb fordern sowohl Ländergruppen aus dem Globalen Süden als auch die Zivilgesellschaft Schuldenschnitte und die Einrichtung eines fairen, gerechten Staatsinsolvenzverfahrens im Rahmen der Vereinten Nationen, bei dem die Bedürfnisse der Bevölkerungen oberste Priorität haben sollten.

Sevilla-Ergebnisse und Ausblick

Angesichts der immensen Schuldenkrise waren die Verhandlungen um eine grundlegende Reform der Schuldenarchitektur der zentrale Streitpunkt im 4. FfD-Prozess zwischen EU-Staaten, Großbritannien, Japan, Kanada etc. auf der einen Seite und vielen Staaten aus dem Globalen Süden auf der anderen Seite. Zahlreiche Regierungen des Globalen Südens, darunter die Gruppe der afrikanischen Staaten und

die kleinen Inselstaaten, hatten ambitionierte Forderungen in den Verhandlungsprozess eingebracht. Im Zentrum stand der Aufbau eines neuen multilateralen Rahmens zur koordinierten Schuldenumstrukturierung bei den Vereinten Nationen. Diese fortschrittlichen Ideen scheiterten aber am **Widerstand der Gläubigerstaaten** des Globalen Nordens.

In der Kontroverse blieb von den ambitionierten Reformforderungen ärmerer Länder nur noch die vage Vereinbarung übrig, einen zwischenstaatlichen UN-Prozess einzuleiten, „um Empfehlungen zur Schließung von Lücken in der Schuldenarchitektur zu erarbeiten und Optionen zur Bewältigung der Schuldentragfähigkeit zu prüfen“ (Punkt 50 f). Dies stellt eine **Vertröstung** mit ungewissem Ausgang dar.

Iolanda Fresnillo von *Eurodad* kommentierte: „Anstatt ein klares Bekenntnis zur Korrektur der Ungleichgewichte eines gläubigerdominierten Systems abzugeben, beschränkt sich das Ergebnis auf einen Prozess, der lediglich Empfehlungen aussprechen soll. Das ist ein schwaches Mandat [...]. Die EU hat den Vorschlag des Globalen Südens für einen zwischenstaatlichen Prozess zur Ausarbeitung einer UN-Konvention über Staatsschulden systematisch verwässert, nur um sich schließlich selbst von der ohnehin schon sehr schwachen Konsensformulierung zu distanzieren, die sie selbst durchgesetzt hat. Das ist inakzeptabel.“⁴⁵

Bei aller notwendigen Kritik an der Verwässerung der Formulierungen durch die Staaten des Globalen Nordens ist es nun wichtig, politischen Druck dafür aufzubauen, dass diese sich konstruktiv am vereinbarten zwischenstaatlichen Prozess beteiligen und dass die Zivilgesellschaft des Nordens hier genau hinschaut. Die Forderung nach einem geregelten Staateninsolvenzverfahren muss aufrechterhalten werden.

Auch ansonsten ist das Schuldenkapitel des Abschlussdokuments geprägt von **unverbindlichen Formulierungen** und Absichtserklärungen, die den Unterzeichnenden nur wenig Verpflichtungen auferlegen. Zum Beispiel: Um Zinskosten für hochverschuldete Länder zu senken, konnte man sich bloß auf die „Forderung“ nach „verstärkter Hilfestellung bei Liquiditäts- und Schuldenverwaltung“ durch IWF und Weltbank (Punkt 49 b) einigen. Diese und ande-

Bei aller notwendigen Kritik an der Verwässerung der Formulierungen durch die Staaten des Globalen Nordens ist es nun wichtig, politischen Druck dafür aufzubauen, dass diese sich konstruktiv am vereinbarten zwischenstaatlichen Prozess beteiligen und dass die Zivilgesellschaft des Nordens hier genau hinschaut. Die Forderung nach einem geregelten Staateninsolvenzverfahren muss aufrechterhalten werden.

re Passagen zementieren damit zudem die zentrale Rolle jener Institutionen, die in der Vergangenheit eher Gläubigerinteressen als Schuldennachhaltigkeit bedient haben.

Ähnliches vollzieht sich mit der Vereinbarung zur Weiterentwicklung und damit zum **Fortbestehen des unbeliebten Common Framework**. Damit ging immerhin eine Anerkennung der Mängel dieses Rahmens einher sowie eine zurückhaltende Ermutigung, während Schuldner-Gläubiger-Verhandlungen **Zinszahlungspausen** „zu erwägen“ (Punkt 50 a). Auch „ermutigt“ das Abschlussdokument die Nutzung solcher Pausen an anderer Stelle und appelliert an den guten Willen der G20 und internationalen Institutionen (Punkt 48 d). Einige Gläubigerinstitutionen und -länder schlossen sich in Sevilla zur *Debt Pause Clause Alliance* im Rahmen der Sevilla-Aktionsplattform (siehe Kapitel 3) zusammen. Solche Zahlungspausen mögen Abhilfe in konkreten Schocksituationen bieten, sofern sich die Rückzahlungsfrist verlängert und die Zinslast nicht erhöht wird. Sie stellen aber auf keinen Fall ein Mittel gegen die Ursachen von Überverschuldung dar.

Das Abschlussdokument setzt auch auf fragwürdige Instrumente wie *debt swaps* (**Schuldenumwandlungen**) (Punkt 49 b iii), wobei Gläubiger einen kleinen Anteil an Schulden erlassen können, wenn das Schuldnerland dafür in Projekte der Entwicklung oder Klimaschutz investiert. Doch handelt es sich dabei um eine Scheinlösung, da dieser Prozess vom Dünkel des Gläubigers abhängt und ärmere Länder politisch noch weiter einschränkt, nur kleine Summen betrifft und keine umfassenden Schuldenerlasse ersetzen kann.⁴⁶

Nichtsdestotrotz enthält das Abschlussdokument auch ein paar kleinere Lichtblicke, die zumindest auf minimale Verbesserungen in der festgefahrenen Schuldenarchitektur hoffen lassen. Zum Beispiel: Der Aufruf für ein globales **Schuldenregister** ist dringend notwendig (Punkt 48 c), auch, wenn viele aus der Zivilgesellschaft die Einbettung bei der Weltbank kritisch sehen.

Eine weitere konkrete beschlossene Maßnahme ist die Einrichtung einer neuen Arbeitsgruppe unter dem UN-Generalsekretär mit Beteiligung von IWF und Weltbank mit der Aufgabe, freiwillige Leitprinzipien für die **verantwortungsvolle Kreditaufnahme- und Kreditvergabepraktiken** vorzuschlagen (Punkt 48 a). Wie jedoch freiwillige Leitprinzipien, die auch bereits an anderer Stelle entwickelt wurden,⁴⁷ endlich eine viel größere Verbindlichkeit in der Praxis erhalten könnten, bleibt die entscheidende Frage. Hierfür wird es auf den politischen Folgeprozess zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe ankommen.

Als besonders konstruktiver Impuls herauszustellen ist die beschlossene Errichtung einer **Plattform für Kreditnehmerländer** (Punkt 48 i) mit dauerhaftem Sekretariat bei der UN. Diese soll sich mit technischer Beratung, Informations- und Erfahrungsaustausch, Kapazitätenaufbau und genereller Koordination be-

fassen, was zunächst bescheiden klingen mag. Aber die Möglichkeit, eine geeinte Stimme verschuldeter Staaten gegenüber der Gläubigerlandschaft zu artikulieren, die ihrerseits über starke Interessenvertretungen durch IWF, den Pariser Club und das *Common Framework* verfügt, kann einen diplomatischen, informations- und machtpolitischen Mehrwert bei Schuldenverhandlungen darstellen.

2.6 Internationale Finanzarchitektur und systemische Fragen

Worum geht's?

Das Kapitel zu systemischen Fragen ist traditionell ein Herzstück des FfD-Prozesses, in dem es um die großen Themen internationaler Finanzstabilität, um die Übertragbarkeit finanzieller Krisen und Entscheidungen sowie die notwendige internationale Koordination dagegen geht. Die ersten beiden FfD-Konferenzen fanden beide vor dem Hintergrund einschneidender Finanzkrisen statt: 2002 in Monterrey nach der Asienkrise und 2009 in Doha während der Weltfinanzkrise. Im Kapitel geht es auch um Fragen der Demokratisierung von **Entscheidungsstrukturen**, da die Mitbestimmungsrechte in zentralen Organisationen und anderen Gremien der internationalen Finanzarchitektur nach wie vor sehr ungleich verteilt sind zwischen Nord und Süd.

Länder des Globalen Südens werden von den negativen Auswirkungen eines globalisierten Finanzsystems besonders stark getroffen. Sie sind z. B. häufig extremen *Boom-Bust*-Zyklen ausgesetzt, bei denen auf eine Phase des (spekulativen) Booms und der Investitionen der schlagartige **Abzug von Kapital** folgt, meist aufgrund äußerer globaler Entwicklungen und finanzieller Zyklen.

Auch die COVID-19-Krise machte zuletzt wie in einem Brennglas die strukturellen Ungleichheiten im internationalen Finanzsystem deutlich. Während reiche Staaten zu sehr niedrigen Zinsen milliardenschwere Konjunkturprogramme aufsetzten, fehlte vielen Staaten im Globalen Süden ausreichend finanzieller Spielraum. Auch gibt es eine „**große Finanzkluft**“, da Länder im Globalen Süden meist ein Vielfaches der Zinsen auf Staatsanleihen zahlen müssen im Vergleich zu Deutschland oder den USA.⁴⁸ Die auf die Pandemie folgende rapide Anhebung der Leitzinsen in den USA und in der Eurozone verschärfte die Situation weiter und führte in Ländern des Globalen Südens zu steigenden Kreditkosten, Kapitalflucht und Währungsabwertungen.

Seit den letzten Jahren gibt es (wieder) eine rege Diskussion um die notwendige Reform der internatio-

nen Finanzarchitektur. Es gab vielfältige Vorschläge für Reformen, von den verschiedenen Versionen der *Bridgetown Initiative* aus Barbados über Vorschläge des UN-Generalsekretärs António Guterres bis hin zu zivilgesellschaftlichen Positionen.⁴⁹

Wichtig zu verstehen ist aber, dass es sich bei der internationalen Finanzarchitektur nicht um ein kohärentes System handelt, sondern dass die Fragen, was genau hinzuzählt, was reformiert werden sollte und vor allem wo und wie welche Entscheidungen und Absprachen getroffen werden, **politisch hart umkämpft** sind. Das zeigte sich auch bei den Verhandlungen zu FfD4.⁵⁰

Sevilla-Ergebnisse und Ausblick

Ein zentraler Streitpunkt in Sevilla drehte sich um die grundlegende Frage, inwieweit der FfD-Prozess überhaupt Empfehlungen an **Institutionen** wie IWF, Weltbank, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich oder dem *Financial Stability Board* der G20 aussprechen, die eigene Entscheidungsstrukturen besitzen. In all diesen Gremien haben viele Länder des Globalen Südens, besonders die kleineren, entweder wenig Stimmrechte und Einfluss oder sind, wie im Falle der beiden letzteren, gar nicht vertreten. Gerade deshalb ist der FfD-Prozess, in dem alle Staaten formell gleichberechtigt vertreten sind, ein wichtiger Ort für Forderungen nach strukturellen Reformen.

Im *Compromiso de Sevilla* sind jedoch kaum solcher Forderungen übriggeblieben. Expertinnen wie Bhumika Muchala, die den FfD-Prozess seit seinen Anfängen begleiten, beklagen, dass von dem in Monterrey etablierten systemischen Verständnis der Zusammenhänge und Probleme im internationalen Finanzsystem in Sevilla kaum noch etwas übrig geblieben ist: „In einem Text, der sich angeblich mit der internationalen Finanzarchitektur befasst, ist es schockierend, dass weder auf das internationale Währungssystem noch auf die Zentralbanken, die Kerninstitutionen der nationalen Geldschöpfung, sinnvoll Bezug genommen wird. Tatsächlich stellt der 4. FfD-Text den stärksten Rückschritt in Bezug auf systemische Fragen in den vier FfD-Texten dar, die in den letzten 23 Jahren verfasst wurden, obwohl die jüngsten Erfahrungen mit der COVID-Pandemie und der aktuellen Schuldenkrise die systemischen Schwachstellen einer globalen Finanzarchitektur offenbart haben.“⁵¹

Das größte Momentum im Bereich der systemischen Fragen besitzt aktuell wohl die **Reformdebatte zu Kreditratingagen-**

turen, die auch auf den Veranstaltungen der FfD-Konferenz sehr präsent war. Kreditratings bestimmen de facto darüber, ob und zu welchen Bedingungen Länder an internationale Gelder auf dem Finanzmarkt gelangen können und wie teuer das für sie wird. Der Markt für Kreditratings kann aktuell als Oligopol bezeichnet werden, da die drei großen Agenturen *S&P Global*, *Moody's* und *Fitch*, alle drei Privatfirmen mit Hauptsitz in den USA, den Markt dominieren.⁵² Es gibt eine lang anhaltende Debatte darüber, ob Kreditratingagenturen eine systematische negative Voreingenommenheit gegenüber ärmeren Ländern und insbesondere gegenüber afrikanischen Staaten haben, die ihre Ratings beeinflusst und dazu führt, dass diese schlechter bewertet werden und höhere Zinsen zahlen müssen als andere Länder.⁵³ Weitere Probleme mit Kreditratingagenturen bestehen z. B. in Interessenkonflikten, pro-zyklischen Bewertungen, kurzfristigen Zeithorizonten sowie darin, dass hohe Klimarisiken sich negativ auf Ratings auswirken.

Im *Compromiso de Sevilla* wurde nun immerhin beschlossen, ein regelmäßiges hochrangiges Treffen zum Thema Kreditratings im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) einzurichten, das sich auch über gute Ansätze zur Regulierung von Kreditratingagenturen austauschen soll (Punkt 55 a). Auch wenn solche Austauschtreffen an sich noch keine Probleme lösen, ist dies doch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er hält die Reformdiskussion aufrecht und drängt Kreditratingagenturen als private Akteure dazu, sich multilateralen Foren zu stellen und erhöht ihre Rechenschaftspflicht. Es bleibt zu hoffen, dass dies langfristig zu der von der Zivilgesellschaft geforderten Regulierung und Überwachung von Kreditratingagenturen führt.

Das Kapitel enthält noch weitere sinnvolle Vorschläge, beispielsweise zur Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen von IWF und Weltbank sowie zur Stärkung des globalen Reservesystems durch eine bessere Nutzung von Sonderziehungsrechten. Bereits sprachlich drückt sich hier jedoch ein geringer Verbindlichkeitsgrad aus, da diese zumeist IWF und

Weltbank **lediglich nahegelegt und empfohlen** werden. Realpolitisch muss zudem darauf hingewiesen werden, dass die USA dem *Compromiso de Sevilla* nicht zugestimmt haben, wichtige grundlegende Entscheidungen bei Weltbank und IWF jedoch blockieren können.

Die Entscheidungsstrukturen in Weltbank und IWF haben sich seit ihrer Gründung 1944 nicht wesentlich verändert. Damals stand die Mehrheit der heutigen Mitgliedstaaten noch unter kolonialer Herrschaft. Reformide-

Gerade deshalb ist der FfD-Prozess, in dem alle Staaten formell gleichberechtigt vertreten sind, ein wichtiger Ort für Forderungen nach strukturellen Reformen.

Im Compromiso de Sevilla sind jedoch kaum solcher Forderungen übriggeblieben.

en für eine stärkere **Demokratisierung** und bessere Mitbestimmungsrechte sind seit langem bekannt und auch das Abschlussdokument benennt viele davon erneut: Neuberechnung der Quoten sowie Stärkung der Basisstimmen im IWF, um besonders kleinen Ländern mehr Stimmrechte zu geben (Punkt 53 b), mehr Sitze in den Exekutivdirektorien für bessere Mitsprache und Repräsentation im Tagesgeschäft (Punkt 53 d), ein offenes und transparentes Auswahlverfahren für die Chef*innen der beiden Organisationen (Punkt 53 e) statt der traditionellen Praxis, diese Positionen im IWF stets an Europäer*innen und bei der Weltbank immer an US-Amerikaner zu vergeben. Eine entschiedene Umsetzung dieser Schritte und Empfehlungen ist aktuell jedoch nicht in Sicht.

Auch zu **Sonderziehungsrechten (SZR)**, eine Art globaler Reservewährung, stehen sinnvolle Vorschläge im Abschlussdokument. Die Ausschüttung von SZR im Wert von umgerechnet 650 Milliarden \$ im August 2021 durch den IWF war die wichtigste finanzielle Maßnahme zur Abmilderung der ökonomischen Auswirkungen der COVID 19 Pandemie. Seitdem wird viel politische Aufmerksamkeit darauf verwendet, einen Teil jener SZR, die damals an reiche Staaten gingen, an ärmere Länder weiterzuleiten (Punkt 54 i). Das eigentlich systemische Potenzial liegt jedoch in einer grundlegenden Reform der quasi-Reservewährung und in Vorhaben, ihre Rolle im globalen Reservesystem und zur Bewältigung von Krisen zu stärken.⁵⁴ Das Abschlussdokument lädt den IWF dazu ein, ein Handbuch für SZR auszuarbeiten, das darauf abzielt, ihre Rolle in Krisen und bei Schocks zu stärken (Punkt 54 j). Reformvorschläge, u. a. vom UN-Generalsekretär, zielen unter anderem darauf ab, SZR-Ausschüttungen im Fall von Krisen automatischer zu machen und darauf die Verteilung stärker nach Bedarf und nicht anhand der ungleichen Quoten im IWF vorzunehmen.⁵⁵ Weitere Empfehlungen richten sich auf regelmäßige (z. B. jährliche) SZR-Ausschüttungen. Diese würden dabei helfen, internationale Liquidität zu stabilisieren und den Druck auf viele Länder im Globalen Süden mindern, hohe Reservebestände in US-Dollar anzusammeln, was auf Kosten wichtiger Investitionen geht.

3 Die Sevilla-Aktionsplattform

Schon früh im Verhandlungsprozess war absehbar, dass das Abschlussdokument von FfD4 wenig konkrete und bindende Handlungsoptionen enthalten würde. Um über den engen Rahmen konsensfähiger Ergebnisse hinauszugehen, wurde daher die Sevilla-Akti-

onsplattform ins Leben gerufen – ein Sammelbecken aus 130 Initiativen, die von einzelnen Staaten, Organisationen oder Koalitionen getragen werden.⁵⁶ Das Bilden solcher **Koalitionen der Willigen** wird schon länger als neue Form des Multilateralismus diskutiert und vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer und anderer internationaler Spannungen erprobt.

Das Konzept bietet Chancen wie Risiken: Einerseits eröffnet es die Möglichkeit, Reformideen jenseits des internationalen Konsenses sichtbar zu machen und voranzutreiben. Andererseits droht eine Fragmentierung internationaler Politik, bei der die politisch oder wirtschaftlich einflussreichsten Staaten eigene Interessen ohne Rücksicht auf globale Ausgewogenheit oder verbindliche Standards durchsetzen.

Eine pauschale Bewertung der verschiedensten Initiativen der Aktionsplattform ist daher nicht möglich. Einige Vorschläge sind neu, andere bereits in anderen Foren in Bearbeitung oder wirken wie der Versuch, ältere Konzepte in neuem Gewand wiederzubeleben. Welche Initiativen wirklich politisches Momentum entwickeln, ist derzeit schwer absehbar. Im Folgenden werden deshalb nur einige zentrale Beobachtungen herausgegriffen.

Deutlich wird, dass sich der **Fokus auf die Mobilisierung privaten Kapitals**, der den gesamten FfD4-Prozess prägte (siehe Kapitel 2.2), auch in der Sevilla-Aktionsplattform widerspiegelt. 81 Initiativen von insgesamt 130 beziehen sich teilweise auf private Finanzierung. Alle Lieblingsthemen der aktuellen Mobilisierungsdebatte sind auffindbar: von der Ausweitung und standardisierten Nutzung von Garantien (z. B. *Green Guarantee Group*, getragen von u. a. dem Deutschen Bundesministerium für Umwelt und Klimaschutz und der GIZ), über Instrumente zur Absicherung gegen Wechselkursrisiken (siehe z.B. FX EDGE, getragen von interamerikanischen Entwicklungsbank, Brasilien & Großbritannien) bis hin zur stärkeren Zusammenarbeit zwischen multilateralen Entwicklungsbanken und institutionellen Investoren wie den Pensionsfonds (siehe z.B. *Joint Declaration on Partnership Opportunities between Institutional Investors and Multilateral Development Banks*). Deutschland bzw. deutsche Institutionen sind in diesem Bereich wie zu erwarten als Initiatoren und Unterstützende stark vertreten.

Ein lehrreiches Beispiel ist die Initiative SCALED (*Scaling Capital for Sustainable Development*), getragen von einer Koalition aus Regierungen (Deutsch-

Das Konzept bietet Chancen wie Risiken: Einerseits eröffnet es die Möglichkeit, Reformideen jenseits des internationalen Konsenses sichtbar zu machen und voranzutreiben. Andererseits droht eine Fragmentierung internationaler Politik.

land, Frankreich, Kanada, Südafrika u. a.) und institutionellen Investoren des Privatsektors (wie Allianz oder Zurich Insurance). Unter dem Ziel der Adressierung „struktureller Hürden“ im Weg von großdimensionierten, angeblich SDG-kompatiblen Privatinvestitionen in den Globalen Süden, soll SCALED vor allem zu einer Vereinfachung und Standardisierung von Mischfinanzierungen aus öffentlichen und privaten Geldern beitragen.⁵⁷ Bezeichnend für das politische Gewicht, das reiche Staaten zugunsten des Privatkapital getriebenen Entwicklungsansatzes in die Waagschale werfen,

ist auch die Herkunft von SCALED: Es handelt sich um eine Umformung der *Hamburg Sustainability Platform*, eine deutsches Prestigeprojekt im Rahmen der *Hamburg Sustainability Conference*, die erst 2024 als hochrangiges multilaterales Verhandlungsformat ins Leben gerufen wurde.

Derartige Initiativen und entsprechende Instrumente mit deckungsgleicher Zielsetzung gibt es nicht erst seit FfD4 wie Sand am Meer. Bereits seit der *Addis Abeba Action Agenda 2015* wird eine Plattform nach der anderen hochgezogen, die private Gelder für Entwicklung katalysieren soll.⁵⁸ Dass sich in diesem Bereich trotz jahrzehntelanger Erfahrung weiterhin neue Plattformen und Allianzen formieren, verdeutlicht einen Doppelstandard: Während strukturverändernde Prozesse etwa in der Schulden- oder Steuerpolitik von den gleichen Staaten mit dem Argument möglicher „Doppelstrukturen“ gebremst werden, entstehen im Bereich privatkapitalgetriebener Entwicklungsfinanzierung ständig neue Foren, um privaten Investitionen unter die Arme zu greifen.

Im Vergleich zur starken Präsenz bei der Privatkapitalmobilisierung zeigen sich die reichen Staaten in der Aktionsplattform deutlich **zurückhaltender beim Thema Besteuerung**. Die einzige Initiative, an der sich die Bundesregierung hierzu beteiligt, ist die bereits 2015 im Rahmen der Addis Abeba Action Agenda ins Leben gerufene und nun erneuerte *Addis Tax Initiative*. Ihr Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau internationaler Zusammenarbeit in Steuerfragen sowie dem Aufbau nationaler Kapazitäten. Auch wenn diese Ansätze eher nicht schädlich sind, bleiben sie doch deutlich hinter dem zurück, was zur Schließung



Demonstration in Sevilla während der FfD4-Konferenz.

Foto: WEED e.V.

globaler Steuerungerechtigkeiten nötig wäre und stellt einen eher technokratischen Beitrag dar.

Als Gegenentwurf stechen zwei Initiativen hervor, die Deutschland unterstützen sollten. Zum einen die Initiative zur „Durchsetzung einer wirksamen Besteuerung vermögender Privatpersonen. Besteuerung der Superreichen“, die von den Finanzministerien Brasiliens und Spaniens getragen und von UNDP, *EU Tax Observatory*, OXFAM, und der Unabhängigen Kommission für Reform der Internationalen Unternehmensbesteuerung (ICRICT) unterstützt werden. Sie eröffnet ein Möglichkeitsfenster, politischen Druck für gerechtere Steuerpolitik sowohl internationaler als auch nationaler Ebene aufzubauen, insbesondere in Deutschland, wo Vermögen und Kapitaleinkommen im internationalen Vergleich äußerst niedrig besteuert werden. Der Vorstoß für eine **Besteuerung von Superreichen** adressiert Ungleichheit und grundlegende Steuergerechtigkeitsdefizite, würde fiskalischen Handlungsraum schaffen und ist längst überfällig.

Ebenfalls vielversprechend ist die sogenannte Sevilla-Erklärung der *Global Solidarity Levies Task Force*. Diese setzt sich zum Ziel, bis zur nächsten Klimakonferenz COP30 konkrete Vorschläge für neue **Abgaben auf besonders klimaschädliche und gleichzeitig hochprofitable Wirtschaftssektoren** zu erarbeiten – zunächst etwa auf Flugreisen. Das Potenzial solcher Abgaben ist erheblich:⁵⁹ Allein eine Vielfliegerabgabe könnte laut Schätzungen bis zu 121 Milliarden US-Dollar generieren und gleichzeitig klimaschädliche Aktivitäten gezielt verteuern. Barbados, Kenia, und

Frankreich sind Vorsitzende dieser Gruppe und werden unterstützt von 16 weiteren Ländern des Globalen Südens, aber auch Spanien. Die EU-Kommission und Deutschland nehmen bislang lediglich Beobachterstatus ein. Es ist nun entscheidend, öffentliche Aufmerksamkeit und Druck aufzubauen, damit sie sich proaktiv und konstruktiv einbringen.

Beide Initiativen zeigen exemplarisch, dass die Sevilla-Plattform auch fortschrittlichen und transformativen Ansätze Raum bietet. Doch während der Globalen Süden hier Vorstöße wagt, verharren viele wohlhabende Länder in Zuschauer- oder Blockadeposition, ein Muster, das sich durch den gesamten FfD4-Prozess zieht.

4 Fazit

FfD4 reiht sich ein in eine Serie internationaler Reformverhandlungen, deren Ergebnisse weitestgehend hinter den Forderungen des Globalen Südens (von der kritischen Zivilgesellschaft ganz zu schweigen) zurückbleiben und auf einen Verlust der Krisenlösungsfähigkeit und Relevanz des Multilateralismus hinweisen.

Der UN Zukunftsgipfel (September 2024), groß angelegt als Reformmoment des Multilateralismus, konnte die grundlegenden UN-Prozesse nicht antasten;⁶⁰ die COP29 (November 2024) blieb entgegen der Zielsetzung bei Klimafinanzierung weitestgehend erfolglos und setzte auf überkommene Privatkapitalstrategien; die Tagungen von Weltbank und IWF (Oktober 2024 und April 2025) ließen die ohnehin bescheidenen Reformprozesse dieser Institutionen versanden.⁶¹ Dieser Rückblick ließe sich fortsetzen; beispielsweise treibt auch die WTO bereits seit 2019 ohnmächtig dahin, institutionell gelähmt durch die Blockade der USA. Ebenso haben die USA die größte Entwicklungsagentur der Welt, USAID, in einem Haushaltskürzungszug de facto zerschlagen, sich aus der Weltgesundheitsorganisation zurückgezogen und sind aus dem Pariser Klimaabkommen ausgetreten. Parallel dazu werden die Haushalte der Entwicklungszusammenarbeit in Europa flächendeckend gekürzt, entgegen erneuter Lippenbekenntnisse zum 0,7 %-ODA-Ziel (siehe Kapitel 2.3.). Gleichzeitig steigen globale Rüstungsausgaben rapide an und beanspruchen politisch verknappte Gelder. So einigten sich die NATO-Staaten auf ein Rüstungsausgabenziel von 5 % des BIP. Kriegerische und handelspolitische Auseinandersetzungen dauern an und vervielfältigen sich. In diesem **geopolitisierten Kontext** treten die Widersprüche zwischen den proklamierten Zielen und Werten des Multilateralismus einerseits und seiner real existierenden Erscheinungsform andererseits offener zutage.

Die **fragile Lage des Multilateralismus** war auch den FfD4-Beteiligten bewusst. Entsprechend wurde die Verabschiedung des *Compromiso de Sevilla*, entstanden unter widrigen Umständen und nach dem vorangegangenen US-Verhandlungsaustritt, vielfach als

Lebenszeichen, gar als Sieg des Multilateralismus gefeiert. Doch auf Basis unserer vorangestellten Analyse der Ergebnisse erweist sich dies als unzutreffende Einschätzung. Indem die Forderungen des Globalen Südens, insbesondere zu den Säulen der Finanzarchitektur (siehe Kapitel 2.6.) und Verschuldung (siehe Kapitel 2.5.), von EU-Staaten, Kanada und Japan stark verwässert worden sind, wurde FfD4 zur Bühne asymmetrischer Machtsicherung der Staaten des globalen Nordens. Um den Multilateralismus zu retten, müssten diese aber beweisen, über einen Minimalkonsens hinausgehen und Zugeständnisse machen zu können, um Vertrauen wiederzugewinnen und neue Allianzen zu schmieden. Gerade in einer Zeit, in der europäische Staaten ihre Budgets für internationale Zusammenarbeit kürzen, wäre die Bereitschaft zu systemischen Reformen, die kaum Kosten verursachen, aber die Finanzierungslage und -gerechtigkeit verbessern, ein starkes Signal gewesen.

Multilaterale Foren verlieren ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie zum allzu offensichtlichen Schauplatz von Blockade oder Stillstand werden, während **globale Herausforderungen** wie Schuldenkrisen, Klimawandel oder Armut, nicht greifbar adressiert werden. Mit dem Glaubwürdigkeitsverlust multilateraler Foren sinkt auch die Bereitschaft von Regierungen, sich diplomatisch einzubringen. Der zwischenstaatliche Verhandlungsansatz an sich droht damit langfristig an Relevanz zu verlieren.

Der Abstand zwischen Anspruch und Verhandlungsergebnissen bei FfD4 oder vergleichbaren Foren bedeutet nicht, dass es überhaupt keine positiven Resolutionen oder Teilerfolge zu verzeichnen gibt. Der Fortschritt der UN-Steuerrahmkonvention beweist beispielsweise, dass auch unter schwierigen Umständen drängende Herausforderungen angegangen werden können; nicht dank, sondern trotz des Status quo der Finanzarchitektur. So stehen die kritische Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und ärmere Länder auch in der abschwingenden Konjunktur des Multilateralismus und globaler Solidarität mehr denn je vor der Herausforderung, jene positiven Impulse aufzugreifen, zu verteidigen und strategisch weiterzuentwickeln.

ANMERKUNGEN

- 1 <https://menafemmovement.org/the-illusion-of-consensus-ffd4-and-the-fight-for-systemic-change/>
- 2 Fourth International Conference on Financing for Development (2025): Sevilla Commitment <https://docs.un.org/en/A/CONF.227/2025/L.1>
- 3 Arthur Zito Guerriero, Christoph Trautvetter (2024): Steuern in der Entwicklungszusammenarbeit – Ein Überblick, S. 8. https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/infothek/steuern_und_entwicklung/
- 4 Ibid., S. 14.
- 5 EU Tax Observatory, Global Tax Evasion Report 2024, <https://www.taxobservatory.eu/publication/global-tax-evasion-report-2024/>
- 6 Siehe auch: Bodo Ellmers, Christoph Trautvetter (2024): Die neue Steuerrahmenkonvention der Vereinten Nationen, <https://www.globalpolicy.org/de/publication/die-neue-steuerrahmenkonvention-der-vereinten-nationen>
- 7 Arthur Zito Guerriero, Christoph Trautvetter (2024): Steuern in der Entwicklungszusammenarbeit – Ein Überblick, S. 17-18.
- 8 Joseph Stiglitz, José Antonio Ocampo, Jayati Gosh (30.06.2025): A Tax Victory for Multinationals Over People. <https://www.project-syndicate.org/commentary/g7-caved-to-us-on-global-minimum-corporate-tax-by-joseph-e-stiglitz-et-al-2025-06>
- 9 <https://taz.de/Uneinigkeit-zwischen-Union-und-SPD/!6098729/>
- 10 Tax Justice Network (2024): State of Tax Justice, S. 23, 34. <https://taxjustice.net/reports/the-state-of-tax-justice-2024/>
- 11 https://www.eurodad.org/ambitious_un_financing_for_development_outcome_derailed_by_global_north; <https://taxjustice.net/press/us-ignored-as-sevilla-financing-for-development-outcome-is-adopted-by-consensus/>
- 12 Manche waren z. B. bereits in den Empfehlungen des UN-FACTI-Panels aus dem Jahr 2021 enthalten: <https://factipanel.org/>
- 13 <https://www.transparency.org/en/press/transparency-international-welcomes-progress-on-development-finance-agenda-urges-strong-implementation>
- 14 <https://blogs.worldbank.org/en/voices/for-developing-economies-the-finance-landscape-has-become-a-wasteland>
- 15 OECD (2025): Tracking private finance mobilisation: Latest trends and ways forward, S. 6. https://www.oecd.org/en/publications/tracking-private-finance-mobilisation_8d414c4b-en.html
- 16 Eigene Übersetzung aus: Mariana Mazzucato (2025). Reimagining financing for the SDGs: from filling gaps to shaping finance. UN DESA Policy Brief, No. 170, Special issue, S. 5.
- 17 <https://documents1.worldbank.org/curated/en/099033125195015349/pdf/BO-SIB-2767f77b-3270-4947-b360-867a312b1c68.pdf>
- 18 https://www.phenomenalworld.org/analysis/the-private-sector-at-seville/?utm_source=emailmarketing&utm_medium=email&utm_campaign=bretton_woods_news_lens_17_july_2025&utm_content=2025-07-21
- 19 <https://csoforffd.org/our-demands/>
- 20 <https://www.equals.ink/p/the-great-aid-heist>
- 21 OECD, Cuts in official development assistance: OECD projections for 2025 and the near term, Juni 2025. https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2025/06/cuts-in-official-development-assistance_e161f0c5/8c530629-en.pdf
- 22 VENRO (2025): Bundeshaushaltentwurf 2025. <https://venro.org/publikationen/detail/bundeshaushaltentwurf-2025-1>
- 23 Cavalcanti, Daniella Medeiros et al. (2025): Evaluating the impact of two decades of USAID interventions and projecting the effects of defunding on mortality up to 2030: a retrospective impact evaluation and forecasting analysis. [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(25\)01186-9/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(25)01186-9/fulltext)
- 24 https://www.eurodad.org/oda_analysis_2023?utm_campaign=newsletter_20_06_2024&utm_medium=email&utm_source=eurodad%20
- 25 https://www.eurodad.org/exposing_tied_aid_2024
- 26 VENRO (2025): Entwicklungsland Deutschland. <https://venro.org/artikel/entwicklungsland-deutschland>
- 27 Jens Martens (2025): Das Sevilla Commitment: Was kommt danach? , S. 8. <https://www.globalpolicy.org/de/publication/das-sevilla-commitment-was-kommt-danach>
- 28 https://www.eurodad.org/why_do_we_need_a_united_nations_convention_on_international_development_cooperation
- 29 Declaration from the FfD4 Civil Society Forum, <https://www.datocms-assets.com/120585/1751273611-forum-declaration.pdf>
- 30 Verena Kröss, Simon Pompé (2024): Der Reformprozess der Weltbank greift zu kurz. <https://weed-online.org/de/publikationen-detailansicht/briefing-der-reformprozess-der-weltbank-greift-zu-kurz>
- 31 Isabella Weber (2025) Kolonialer Handel prägt Volkswirtschaften bis heute. <https://www.surplusmagazin.de/kolonialer-handel-isabella-weber/>; Zur Abhängigkeit vom Export natürlicher Rohstoffe siehe: UNCTAD (2025) The State of Commodity Dependence. https://unctad.org/system/files/official-document/ditccom2025d3_en.pdf
- 32 Claudia Schmucker (2024): Die WTO in der Krise. <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/freihandel/geopolitik-und-welthandel/544540/die-wto-in-der-krise/>
- 33 Ranja Sengupta (2025): Welthandel vor Paradigmenwechsel. https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2025/05/7_FORUM_Rundbrief_252_web-1.pdf
- 34 Stand Mai 2025, https://www.wto.org/english/tratop_e/region_e/region_e.htm
- 35 Ranja Sengupta, Welthandel vor Paradigmenwechsel
- 36 Siehe auch: Sengupte, Welthandel vor Paradigmenwechsel & Powershift, Forum Umwelt und Entwicklung (2019): 10 Dinge die du über ISDS wissen solltest. <https://power-shift.de/wp-content/uploads/2019/05/10-Dinge-die-du-%C3%BCber-ISDS-wissen-solltest-Webversion.pdf>
- 37 <https://investmentpolicy.unctad.org/investment-dispute-settlement>
- 38 <https://www.deutschlandfunk.de/europa-parlament-stimmt-fuer-ausstieg-aus-umstrittener-energiecharta-100.html>; <https://power-shift.de/europa-eischer-rat-besiegelt-eu-ausstieg-aus-energiecharta-vertrag/>
- 39 <https://www.globalisdtracker.org/#efGQuWQQINL>
- 40 <https://csoforffd.org/our-demands/>
- 41 Erlassjahr.de und Misereor (2025): Schuldenreport 2025, S.8. <https://erlassjahr.de/produkt/schuldenreport-2025/>
- 42 UNCTAD (2024): A world of debt. A growing burden to global prosperity, S. 24-25. https://unctad.org/system/files/official-document/osgtinf2024d1_en.pdf
- 43 Ibid., S. 16; Frauke Banse, Die strukturelle Unterfinanzierung der Peripherie in: PROKLA 213, Dezember 2023.
- 44 Für kritische Stimmen der Zivilgesellschaft sowie weiterführende Informationen, siehe: Eurodad (2024) G20, IMF and World Bank kick the can down the road and fail to deliver solutions to the worst debt crisis ever - CSOs react. https://www.eurodad.org/g20_imf_world_bank_fail_debt_crisis
- 45 Eigene Übersetzung: https://www.eurodad.org/ambitious_un_financing_for_development_outcome_derailed_by_global_north
- 46 <https://debtjustice.org.uk/press-release/debt-for-nature-swaps-reduce-debt-seven-times-less-than-debt-restructurings>
- 47 Siehe zum Beispiel: UNCTAD Themenseite Responsible Sovereign Lending and Borrowing. <https://unctad.org/topic/debt-and-finance/Sovereign-Lending-and-Borrowing>
- 48 United Nations Department of Economic and Social Affairs (2022): Report of the Inter-agency Task Force on Financing for Development 2022, Financing for Sustainable Development Report: Bridging the Finance Divide. <https://www.un-ilibrary.org/content/books/9789210014243>
- 49 Vereinte Nationen (2023): Reform der internationalen Finanzarchitektur. Unsere gemeinsame Agenda. Kurzdossier 6, <https://www.un.org/german/de/media/677>; sowie GPF Europe (2024): Building new foundations: Reimagining the International Financial Architecture. Views and proposals from civil society, <https://www.globalpolicy.org/en/building-new-foundations-reimagining-international-financial-architecture>
- 50 Verena Kröss: Weltweite Krisen verlangen nach systemischen Reformen, in Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung, 02/2025, https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2025/05/9_FORUM_Rundbrief_252_web-1.pdf
- 51 Bhumika Muchala (2025): Financing for Whom? Trials & Tribulations from the Fourth Financing for Development in Seville, (eigene Übersetzung). <https://www.ipsnews.net/2025/07/financing-for-whom-trials-tribulations-from-the-fourth-financing-for-development-in-seville/>
- 52 Daniel Cash and Maha Khan, Rating the globe: reforming credit rating agencies for an equitable financial architecture, S. 8, <https://unu.edu/cpr/report/rating-globe-reforming-credit-rating-agencies-equitable-financial-architecture>
- 53 Siehe z. B. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2024-10-28/ratings-bias-costs-africa-billions-of-dollars-standard-ceo-says>; UNCTAD (2025): Credit rating agencies, developing countries and bias. <https://unctad.org/publication/credit-rating-agencies-developing-countries-and-bias>
- 54 Verena Kröss (2023): IWF-Sonderziehungsrechte und ihre Weiterleitung. Eine kritische Bestandsaufnahme, S. 11. <https://weed-online.org/de/publikationen-detailansicht/iwf-sonderziehungsrechte-und-ihre-weiterleitung-eine-kritische-bestandsaufnahme>
- 55 UN (2023): Our Common Agenda, Reforms to the International Financial Architecture, <https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/our-common-agenda-policy-brief-international-finance-architecture-en.pdf>
- 56 Alle direkten Referenzen auf die Sevilla Aktionsplattform beziehen sich auf die Zusammenstellung durch UN DESA: <https://financing.desa.un.org/ffd4/sevilla-platform-action>
- 57 <https://scaleddevelopment.org/>
- 58 Man denke an GISD Alliance, SDG Investment Fair von UN DESA, UNDP Sustainable Finance Hub, eine ganze Reihe an Einrichtungen und Initiativen der Weltbank wie das IDA Private Sector Window oder die Arbeit von IFC, oder die G20 Blended Finance Taskforce, und viele mehr.
- 59 Global Solidarity Levies Task Force (2024): Scaling Solidarity: Progress on Global Solidarity Levies, S. 14-15. <https://solidaritylevies.org/scaling-solidarity-progress-on-global-solidarity-levies-report-released/>
- 60 <https://www.oxfam.org/en/press-releases/oxfams-reaction-summit-future-summit>
- 61 Verena Kröss, Simon Pompé (2024): <https://weed-online.org/de/publikationen-detailansicht/briefing-der-reformprozess-der-weltbank-greift-zu-kurz>

ZUSAMMENFASSUNG

Die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (*Financing for Development 4*, FfD4), die vom 30. Juni bis zum 3. Juli 2025 in Sevilla (Spanien) stattfand, bot ein seltenes Gelegenheitsfenster, um eine grundlegende Neuausrichtung der internationalen Finanzarchitektur voranzutreiben. Diese Studie zeigt jedoch, dass viele Chancen für systemische Verbesserungen ungenutzt blieben und nur wenige kleinere Fortschritte erzielt wurden.

Die USA zogen sich bereits im Vorfeld aus dem FfD4-Prozess zurück, doch auch die übrigen Staaten des Globalen Nordens erschwerten die Verhandlungen durch eine Blockadehaltung bei besonders wichtigen Themen und Entscheidungen. Zwar wurden in den Bereichen der Steuerkooperation, Handelspolitik, privaten Finanzierung und Entwicklungszusammenarbeit einige positive Prinzipien festgehalten und politische Bekenntnisse bekräftigt, doch konkrete Schritte zur fundamentalen Neugestaltung der Regeln oder starke neue Impulse blieben aus.

Besonders schwer wiegt, dass im entscheidenden Bereich der Staatsverschuldung keine Abkehr von den existierenden dysfunktionalen Rahmenwerken und Ansätzen erreicht werden konnte. Umso wichtiger ist es nun, dass Zivilgesellschaft und Länder des Globalen

Südens ihre Forderungen nach einem fairen Staatsinsolvenzverfahren und nach Wegen zu Schuldenerlassen weiterhin aufrechterhalten.

Auch bei systemischen Fragen blieben die Ergebnisse hinter der Dringlichkeit zurück: Zwar gibt es bescheidene Anstöße z.B. zur Reform von Kreditratingagenturen, insgesamt aber wurden die großen strukturellen Ungleichgewichte, etwa in den Entscheidungsstrukturen von IWF, Weltbank, etc., kaum adressiert.

Bezeichnend für die Lage des Multilateralismus ist die Einrichtung der Sevilla-Aktionsplattform. Sie bringt Koalitionen von Willigen zusammen, die in einzelnen Bereichen über den globalen Minimalkonsens hinausgehen wollen, und hat einige fortschrittliche Initiativen hervorgebracht. Ihr Erfolg wird sich jedoch erst an konkreten Ergebnissen messen lassen, bietet aber politische Anknüpfungspunkte.

Die Ergebnisse von FfD4 reihen sich insgesamt in den Trend mangelnder Krisenlösungsfähigkeit multilateraler Foren ein. Umso mehr kommt es nun auf die Zivilgesellschaft an, die bestehenden politischen Öffnungen zu nutzen und Druck für eine gerechtere und krisenfeste Finanzarchitektur aufzubauen.

IMPRESSUM



Diese Publikation wurde auf 100 % Recycling-Papier gedruckt, ausgezeichnet mit dem Umweltsiegel Blauer Engel.

Herausgeber:

WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.

Am Sudhaus 2, 12053 Berlin | kontakt@weed-online.org | www.weed-online.org

Autor*innen: Dr. Verena Kröss, Simon Pompé

Layout & Grafiken: Marco Fischer – grafischer.com

Titelbild: Demonstration in Sevilla während der FfD4-Konferenz. Foto: Civil Society FfD Mechanism

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH, August 2025

Gefördert durch

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Mit freundlicher Unterstützung der Landesstelle für
Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) des Landes Berlin



Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit

WEED e.V. erhält eine
Strukturförderung durch:

**Brot
für die Welt**

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Förderer wieder.